

# DSTG *magazin*

Gewerkschaftsorgan der  
Deutschen Steuer-Gewerkschaft  
Dezember 2019 · 68. Jahrgang

12



**Die DSTG wünscht Ihnen allen  
frohe Weihnachten und ein gesundes  
und erfolgreiches Jahr 2020!**



## Liebe Kollegin, lieber Kollege,

wie rasch doch die Zeit vergeht. Die Adventszeit hat begonnen, die Feiertage und der Jahreswechsel stehen vor der Türe. Und die DSTG übergibt Ihnen die letzte Ausgabe des DSTG magazins.

In insgesamt zehn Ausgaben informierten wir Sie, liebe Mitglieder und liebe Freundinnen und Freunde der DSTG, über unsere Arbeit im zu Ende gehenden Jahr. Seien Sie versichert: Wir konnten Ihnen nur einen begrenzten Ausschnitt unseres Aufgabenspektrums vorstellen und Ihnen nur über das berichten, was uns zum jeweiligen Redaktionsschluss als besonders wichtig erschien. Denn der Platz für Informationen ist begrenzt.

Wichtig war für uns, dass Sie die gesamte DSTG kennenlernen: die Bundesleitung, die – voran mit dem Bundesvorsitzenden und mit der Bundesgeschäftsstelle – die politische und mediale Arbeit in der Hauptstadt bewältigt und für die Länder und Bezirke der DSTG ein stets erreichbarer Ansprechpartner ist; wir berichteten, welche Themen unser DSTG-Bundesvorstand, der im Frühjahr und im Herbst tagte, auf seinen Sitzungen bearbeitete; Sie erfuhren Wichtiges aus der Arbeit unserer DSTG-Tarifkommission, die sich um die Interessen und Sorgen unserer Tarifbeschäftigten kümmert. Und wir gaben unseren Querschnittsbereichen viel Raum, um deren Arbeit zu präsentieren: Die DSTG-Frauenvertretung, die DSTG-Jugend, die DSTG-Bundesseniorenvertretung und auch der Arbeitskreis der Schwerbehindertenvertreter kamen zu Wort. Sie erfuhren ebenfalls, wie wir uns als drittgrößte Gewerkschaft im Dachverband des dbb beamtenbund und tarifunion (dbb) engagieren. Und nicht zu vergessen die Arbeit in der UFE, der Union des Europäischen Finanzpersonals, wo der DSTG-Mann Florian Köbler seit einem Jahr als Präsident amtiert.

Vielleicht klingt vieles für Sie formal. Hinter diesen einzelnen Begriffen verbirgt sich aber eine stetige und umfangreiche Arbeit für Sie, liebe Kollegin, lieber Kollege. Und darüber hinaus sind wir stolz auf eine Besonderheit, die uns als DSTG auszeichnet, ja uns oft auch von anderen im gesellschaftlichen und im gewerkschaftlichen Umfeld abhebt: Wir sind so etwas wie eine Familie! Man kennt sich sehr gut, weiß, von was man spricht, streitet auch mal und verträgt sich hinterher umso besser – wie eben in jeder anderen Familie auch. Aber das innere Band ist tief, belastbar, verlässlich und macht Mut! Mut für weiteres Anpacken im Jahr 2020! Mut zur Interessenvertretung für diesen besonderen und unverzichtbaren Berufsstand! Mut, anzupacken und den Dingen die richtige Richtung zu geben!

Mehr Mut! Das wünsche ich uns allen in Zeiten, die viele als unsicher und als unklar empfinden. Ja, es stimmt: Wir alle wissen nicht, was die Zukunft bringen wird. Aber ohne Mut und Zuversicht wird es nicht recht vorangehen. Mut, Zuversicht, gewerkschaftlicher Kampf: Dafür stehen Ihre DSTG und auch ich ganz persönlich.

In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Begleitung unserer Arbeit. Und ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine schöne Adventszeit, frohe Weihnachtstage und für das Jahr 2020 alles Gute, insbesondere eine möglichst gute Gesundheit.

Herzlichst

Ihr

Thomas Eigenthaler,  
Bundesvorsitzender

### > DSTG

- ▶ DSTG zur Expertenanhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags: Der Soli ist „psychologisch verbraucht“ 4
- ▶ DSTG im Finanzausschuss: „Anzeigepflicht für Steuergestaltungsmodelle muss rasch kommen“ 5
- ▶ 156. UFE-Präsidiumssitzung in Berlin: Thematisch breit gefächerte Agenda mit zukunftsorientiertem Informationsaustausch 6
- ▶ DSTG-Gewerkschaftstage in Schwäbisch Gmünd: Drei Tage rund um das Motto „Mensch – Steuer – Zukunft“ 8
- ▶ Kurz notiert 10
- ▶ Deutsche Meisterschaft der Finanzverwaltungen im Halbmarathon und Staffelmarahton: Wer schnell ist, kann sparen 10
- ▶ Jubiläumssitzung der DSTG-Bundesfrauenvertretung in Nürnberg: Die DSTG-Frauen haben viel erreicht – und setzen sich weitere Ziele 12
- ▶ Jahrestagung der BAGSO in Bonn: Die Stimme der Älteren 14
- ▶ DSTG-Ortsverband Soltau in Berlin: Ein umfangreicher Einblick 14
- ▶ Tauschecke 15

### > dbb

- ▶ Einigung zur Grundrente: Mehraufwand personell unterfüttern 16
- ▶ Digitalisierung im öffentlichen Dienst: Beschäftigte brauchen Schutz, Fortbildung und Freiräume 17
- ▶ Dialogforum des Bundesverwaltungsamtes 18
- ▶ Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetz: Die Attraktivität steigt 19
- ▶ dbb Frauen, Jugend und Senioren: Grundrente ist klares Zeichen gegen Altersarmut 20
- ▶ dossier – Kampf gegen Clan-kriminalität: Das Al-Capone-Prinzip 24
- ▶ nachgefragt bei ... Andreas Geisel, Berliner Senator für Inneres und Sport 28
- ▶ portrait  
Bewährungshelfer Marc-Alexander Seel: Ich bin nicht deren Kumpel 30
- ▶ vorgestellt – Digitalisierungs-Pilotprojekt der Polizei des Saarlandes 32
- ▶ die andere meinung – Personalmangel in der Justiz: Die Politik hetzt hinterher 33
- ▶ frauen – Parität in den Parlamenten: Frauen machen den Unterschied 34
- ▶ europa  
Zur Lage der Grundrechte in der EU 40
- ▶ Soziale Medien: Die Polizei, dein Freund und Influencer 42
- ▶ interview – Christine Lambrecht, Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz 46

## Expertenanhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags

# DSTG: Der Soli ist „psychologisch verbraucht“

In einer Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags am 4. November zum „Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Rückführung des Solidaritätszuschlages 1995“ begrüßte der DSTG-Bundesvorsitzende, Thomas Eigenthaler, die Zielsetzung des Vorhabens grundsätzlich. Er hält zwar die Erhebung des sogenannten Soli derzeit nicht für verfassungswidrig, aber er bezeichnete den Soli rund 25 Jahre nach seiner Einführung als „psychologisch verbraucht“.



> Experten bei der Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags: der Präsident des Deutschen Steuerberaterverbands, Harald Elster, und der Bundesvorsitzende der DSTG, Thomas Eigenthaler (von links)

Eigenthaler betonte, in der Bevölkerung habe sich inzwischen ein nicht zu unterschätzender Widerstand gegenüber dem Soli aufgebaut. Allerdings sehe er kein Problem darin, die Abschaffung in zeitlich gestufter Form zu vollziehen. Es sei vertretbar, Hochverdiener zunächst – aber auch nur vorübergehend – von einer Entlastung auszunehmen. Diese Einschränkung liege innerhalb des Gestaltungsspielraums des Gesetzgebers.

### > „Schnellschuss“ nicht sinnvoll

Zur Frage von Abgeordneten, ob er parallel zum Abbau des Soli eine Erhöhung des Einkommensteuerspitzensteuersatzes befürworte, warnte er vor einem „Schnellschuss“.

> Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags am 4. November

Eigenthaler plädierte vielmehr für eine sorgfältige Überprüfung des gesamten Tarifverlaufes und eine durchdachte Reform des sogenannten „Progressionsbauches“.

Angesprochen auf die Weiterführung des Soli im Rahmen der Abgeltungssteuer, sprach DSTG-Chef Eigenthaler von einer „offenen

Flanke“. Er warnte vor einer massenhaften Nachveranlagung zur Korrektur des Steuerabzuges. Dies führe zu einem nicht verkraftbaren Arbeitsanfall in den Finanzämtern. Es sei sinnvoller, auf den Soli-Abzug zunächst bei allen zu verzichten und bei den zehn Prozent, die den Soli weiter bezahlen müssten, eine Nachveranlagung durchzuführen.

### ■ Vollständige Abschaffung in drei bis fünf Jahren

Mit Blick auf die verbleibenden zehn Prozent der belasteten Steuerzahler sprach sich Eigenthaler dafür aus, in einem Zeitfenster von drei bis maximal fünf Jahren die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlages umzusetzen.

#### > Hintergrund

##### Wesentliche Inhalte des Gesetzentwurfs

Der Solidaritätszuschlag ist eine Ergänzungsabgabe im Sinne von Art. 106 GG. Vorgeesehen ist aktuell, die Jahresfreigrenze bei der Soli-Bemesungsgrundlage ab 2021 auf 16.956 Euro Einkommensteuer für Singles bzw. 33.912 Euro für Paare anzuheben. Damit werden all jene Steuerzahler vollständig entlastet, deren festgesetzte Einkommensteuer unter der neuen Freigrenze liegt – das sind rund 90 Prozent aller Einkommensteuerzahler. Weitere 6,5 Prozent der Steuerzahler, die über der Freigrenze liegen, sollen in einer sogenannten „Milderungszone“ teilweise entlastet werden.

Ein Wegfall bei Kapitalgesellschaften ist ebensowenig geplant wie ein Wegfall bei der anonymen Abgeltungssteuer. Das Gesetz soll ab 1. Januar 2021 gelten.

Am 14. November hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur „Rückführung des Solidaritätszuschlages 1995“ beschlossen.

## DSTG bei Anhörung im Finanzausschuss

# „Anzeigepflicht für Steuergestaltungsmodelle muss rasch kommen“

Über die Einführung einer Anzeigepflicht für grenzüberschreitende Steuergestaltungen beriet der Finanzausschuss des Deutschen Bundestags am 11. November. Für die DSTG nahm der Bundesvorsitzende, Thomas Eigenthaler, an der Sachverständigenanhörung teil. Zu dem „Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen“ hatte die DSTG bereits vorab schriftlich Stellung genommen.

„Wir begrüßen ausdrücklich die seit Langem geforderte Einführung einer Pflicht, grenzüberschreitende Steuergestaltungen frühzeitig mitzuteilen“, sagte der DSTG-Bundesvorsitzende den Abgeordneten.

Die DSTG stehe uneingeschränkt hinter der Idee einer Mitteilungspflicht, weil diese von besonderer Bedeutung für die Gleichmäßigkeit und Gesetzmäßigkeit der Besteuerung auf nationaler und auf europäischer Ebene sei. Eigenthaler wies darauf hin, dass die Anzeigepflicht Teil des international vereinbarten sogenannten „BEPS-Prozesses“ sei (Base Erosion and Profit Shifting).

### ■ Ausweitung der Pflicht auf innerstaatliche Steuergestaltungen

Mit Nachdruck sprach sich Eigenthaler dafür aus, die Mitteilungspflichten auch auf innerstaatliche Steuergestaltungen auszuweiten. Aus Sicht der DSTG bilden

beide Mitteilungspflichten eine organische Einheit.

„Es ist eine merkwürdige Lücke, wenn zwar grenzüberschreitende Vorgänge Gegenstand der Mitteilungspflicht sind, nationale Gestaltungsakrobatik aber außen vor bleiben soll“, betonte der DSTG-Bundesvorsitzende. Gemeinsames Ziel aller Akteure müsse aber sein, so der DSTG-Chef, dass es nicht zu einer wilden Anzeigeflut kommt. „Wir wollen nur die wirklich habhaften Dinge mit hohen Steuerausfällen berücksichtigt wissen“, so Eigenthaler.

Er machte deutlich, dass es hier nicht um eine Steueraufsicht in konkreten Steuerfällen gehe, weil diese schließlich im Einzelfall in den Finanzämtern zu bearbeiten seien.

Das Ziel der zugrunde liegenden EU-Richtlinie sei es, den Gesetzgeber durch frühzeitige Informationen in die Lage zu versetzen, zeitnah reagieren zu können – sei es auf Fehlentwicklungen,

auf massenhafte missbräuchliche Ausnutzung von Gesetzeslücken oder schlicht auf erst nachträglich erkennbare „Fehler“ in der Gesetzgebung.

Daher sprach sich die DSTG auch für eine direkte Information des Deutschen Bundestags über die Auswertungsergebnisse aus, um dem Gesetzgeber eine frühzeitige Reaktion auf überdehnte Gestaltungsmodelle zu ermöglichen.

### ■ Primärzuständigkeit beim Bundeszentralamt für Steuern sinnvoll

Nach der Administrierbarkeit des vorliegenden Gesetzentwurfes gefragt, befürwortete der DSTG-Bundesvorsitzende die umfassende Primärzuständigkeit des Bundeszentralamtes für Steuern. „Eine Mitwirkung der Finanzämter ist sicher im einen oder anderen Fall erforderlich, aber es darf nicht zu einer Aufgabenverlagerung auf die Finanzämter kommen“, mahnte Eigenthaler. Für eine

großflächige und nicht näher definierte Mitwirkung seien die Finanzämter personell in keiner Weise gerüstet.

### ■ Transformation einer EU-Richtlinie in internationales Recht

Ziel des vorgelegten Gesetzentwurfes der Bundesregierung ist die Transformation der EU-Richtlinie 2018/822 in nationales Recht. Die Frist für den Gesetzgeber zur Transformation der Richtlinie endet am 31. Dezember 2019. Mit dieser EU-Richtlinie ist der Aktionspunkt 12 des OECD-Projekts gegen Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (BEPS) umgesetzt worden. Kommt es nicht zu einer rechtzeitigen Umsetzung in Deutschland, droht ein EU-Vertragsverletzungsverfahren.

➤ **Mehr dazu:**  
Die Stellungnahme der DSTG ist auf [DSTG.de](#) unter „Steuerpolitik“ nachzulesen. ■

## 156. UFE-Präsidiumssitzung in Berlin

## Thematisch breit gefächerte Agenda mit zukunftsorientiertem Informationsaustausch

Umfangreich und vielschichtig war das bei der 156. UFE-Präsidiumssitzung in Berlin zu bewältigende Arbeitspensum. Stand zunächst die Erweiterung der UFE um die rumänische Steuer- und Zollgewerkschaft SED LEX auf der Tagesordnung, wurden anschließend Positionen der UFE zu aktuellen steuerpolitischen Vorhaben Brüssels herausgearbeitet, bevor UFE-Vizepräsidentin Lorna Merry aus eigener Betroffenheit zum Brexit berichtete.

Besondere Gäste konnte UFE-Präsident Florian Köbler bei der 156. Sitzung des Präsidiums der UFE im Generalsekretariat der UFE in Berlin begrüßen: So waren der Präsident Vasile Marica sowie die Vizepräsidentin Oana Iov der rumänischen Steuer- und Zollgewerkschaft SED LEX eigens für dieses Gespräch mit dem Präsidium der UFE aus Bukarest angereist.



> UFE-Vizepräsidenten Miguel Angel Mayo (ES), Didier Jasselin (FR), Christian Faber (LU) und Thomas Eigenthaler, UFE-Präsident Florian Köbler, SED-LEX-Vizepräsidentin Oana Iov (RU), UFE-Generalsekretär Rafael Zender, UFE-Vizepräsident Paulo Ralha (PT) und SED-LEX-Präsident Vasile Marica (RU) in Berlin (von links)

Hintergrund ist, dass die SED LEX, die rund 15.000 Steuer- und 2.000 Zollbeamte der rund 23.000 insgesamt in der rumänischen Finanzverwaltung Beschäftigten organisiert, Interesse an einer Mitgliedschaft in der UFE bekundet hat. Nach einem Besuch von UFE-Präsident Köbler Mitte dieses Jahres

in Bukarest fand nun im Rahmen der Präsidiumssitzung ein vertiefter Informationsaustausch statt. Dabei wurde erkennbar, dass die SED LEX die der Arbeit der UFE zugrunde liegenden Zielsetzungen teilt. Die SED LEX erfüllt auch die sonstigen satzungsmäßigen Voraussetzungen

für die Mitgliedschaft in der UFE, sodass einer Aufnahme bei der 50. UFE-Komiteesitzung im September 2020 in Luxemburg nichts entgegensteht.

Umfangreich waren Themenkatalog und Arbeitspensum im weiteren Verlauf der Präsidiumssitzung. Nachfolgend einige der intensiver diskutierten Tagesordnungspunkte: Die Präsidiumsmitglieder tauschten sich über die in ihrem Land schon erfolgte oder geplante Eingrenzung von Bargeldzahlungen aus. Vizepräsident Didier Jasselin berichtete, dass in Frankreich im privaten Bereich Bargeldzahlungen nur bis 300 Euro möglich seien. Im Ergebnis der Diskussion und Erörterung der Sachlage in den anderen Ländern bestand im UFE-Präsidium Einvernehmen für die Forderung, dass größere Rechnungsbeträge nicht mehr bar bezahlt werden können sollten.

Bei der Erörterung des Themas mobiles Arbeiten war festzu-

stellen, dass in vielen Ländern vor allem die sogenannte Satellitenarbeit – die Arbeit in einer heimatnahen Dienststelle für eine andere Dienststelle – möglich ist. Es bestand Einigkeit, sich hier weiter auszutauschen, um bestmögliche moderne Arbeitsbedingungen zu bieten.

Nach einer Erörterung der Vorstellungen der EU-Kommission für die Einführung eines möglichen neuen Umsatzsteuersystems war das UFE-Präsidium der Auffassung, dass es zweckmäßiger sei, das bisherige System weiter zu verbessern, statt ein neues, nicht für tauglich gehaltenes System einzuführen.

Mit Spannung hatten die Präsidiumsmitglieder den Bericht der UFE-Vizepräsidentin Lorna Merry aus Großbritannien erwartet, die aus eigener Betroffenheit ihrer Gewerkschaft PCS die schon eingetretenen und noch bevorstehenden negativen Auswirkungen des bevorstehenden Brexits schilderte. ■

> Nach einer anstrengenden Präsidiumssitzung: Wenige Tage nach dem 30. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer war es der Wunsch der europäischen Vizepräsidenten, ein erhaltenes Teilstück der Berliner Mauer zu besichtigen.





## DSTG-Gewerkschaftstage in Schwäbisch Gmünd „Mensch – Steuer – Zukunft“

Die Delegierten des Gewerkschaftstages Baden-Württemberg – mit Thomas Eigenthaler, DSTG-Bundesvorsitzender (vorne, Sechster von links), Andreas Krüger, Vorsitzender des Bezirksverbandes Baden (Siebter von links), Markus Scholl, Vorsitzender des Landesverbandes Baden-Württemberg (Sechster von rechts) und Jochen Rupp, Vorsitzender des Bezirksverbandes Württemberg (Vierter von rechts)

Unter dem Motto „Mensch – Steuer – Zukunft“ standen die Gewerkschaftstage des DSTG-Landesverbandes sowie – vorgeschaltet – der DSTG-Bezirke Baden und Württemberg, die Ende Oktober in der traditionsreichen Stauferstadt Schwäbisch Gmünd stattfanden.

Zu der öffentlichen Veranstaltung im örtlichen Congress-Centrum konnte die Südwest-DSTG die Finanzministerin des Landes, Edith Sitzmann (Bündnis 90/Die Grünen), den Oberbürgermeister der Stadt Schwäbisch Gmünd, Richard Arnold (CDU), Parlamentarier aus den Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP, Oberfinanzpräsidentin Andrea Heck, die DSTG-Bundesleitung mit dem Bundesvorsitzenden, Thomas Eigenthaler, an der Spitze, den Landesvorsitzenden des Beamtensbundes Baden-Württemberg (BBW), Kai Rosenberger, und zahlreiche weitere Ehrengäste aus nah und fern begrüßen.

In seinem gewerkschaftspolitischen Grußwort gratulierte der DSTG-Bundesvorsitzende allen Gewählten – zuallererst natürlich dem alten und neuen Landesvorsitzenden, Markus Scholl, sowie den in ihren Ämtern bestätigten Bezirksvorsitzenden Jochen Rupp (Württemberg) und Andreas Krüger (Baden).

### Steuerverwaltung auf hohem Niveau halten

Der Württemberger Eigenthaler, der selbst Delegierter war,

beschwor die Politik und die Verwaltungsspitzen, die Steuerverwaltung auf klarem Kurs und vor allem auf hohem Niveau zu halten. Er kritisierte nicht nur seit Jahren fehlende Haushaltsstellen, sondern auch die hohe Zahl unbesetzter Stellen. „Bundesweit sind rund 6.000 Stellen nicht besetzt“, beklagte Eigenthaler. „Das muss vor allem der Innendienst ausbaden“, bilanzierte er und forderte strukturelle Verbesserungen bei der Bezahlung.

„Und wer soll eigentlich die vielen neuen Hauptfeststellungen im Zusammenhang mit der Grundsteuerreform machen?“, rief der DSTG-Chef den Zuhörern zu, die ihn mit lautem Bei-

fall unterstützten. Zugleich nahm Eigenthaler den IT-Bereich der Finanzverwaltung vor allzu voreiliger Kritik in Schutz: „Auch in diesem Sektor leiden die Kolleginnen und Kollegen unter Personalmangel und unter einer jahrelangen Sparpolitik auf dem Rücken der Beschäftigten. Unsere IT-Leute geben ihr Bestes, daher dürfen wir nicht auf die Falschen einprägen.“

Zudem warnte der Bundesvorsitzende die politischen Entscheidungsträger davor, die konkreten Erwartungen der kommenden „Generation Z“ zu unterschätzen: „Diese Leute sind nicht mehr so angepasst, wie es noch die Babyboomer-Generation war; sie haben völlig andere

Erwartungen an die Arbeit.“ Die kommende Generation werde weitaus mehr Forderungen an den Arbeitgeber stellen als die bisherige – und sie werde aus der Verwaltung sehr schnell ausscheiden, wenn es keine verlässlichen Perspektiven gebe.

### Erfolge der Südwest-DSTG können sich sehen lassen

Zuvor hatte der alte und neue Landesvorsitzende Markus Scholl eine mit Standing Ovation bedachte Rede gehalten. Die DSTG habe in den vergangenen Jahren in Baden-Württemberg sehr gute Erfolge erzielt: „Rund 9.000 Beförderungen zwischen den Regelbeurteilungen



Die Vorstandsmitglieder des DSTG-Landesverbandes Baden-Württemberg, zu denen satzungsgemäß auch der DSTG-Bundesvorsitzende, Thomas Eigenthaler (Zweiter von links), und der Landesvorsitzende des Beamtensbundes Baden-Württemberg, Kai Rosenberger (rechts), gehören.

der Jahre 2013 und 2019 können sich bestens sehen lassen“, sagte Scholl und dankte den kontinuierlichen und engagierten Ansprechpartnern in der Politik für die gute Zusammenarbeit.

Klar und eindringlich wies Scholl aber auch darauf hin, dass es zahlreiche weitere wichtige Themen für die DSTG gebe, beispielsweise die Dienstpostenbewertung im gehobenen Dienst: „Ich bin davon überzeugt, dass alle Dienstposten des gehobenen Dienstes nach A 12 bewertet sein müssen“, betonte Scholl. „Wir haben alle das gleiche Studium absolviert – und bei den Kolleginnen und Kollegen aus der Lehrerschaft wird bei der Bewertung auch nicht unterschieden, ob sie Sport oder Deutsch unterrichten! Jegliche Abwertung der Dienstposten nach A 11 verbietet sich daher von selbst.“

Scholl sprach sich auch dafür aus, die vielen Entlassungsanträge junger Kolleginnen und Kollegen aus dem Dienst zu reduzieren, Versetzungen nach der Ausbildung sozialverträglicher zu gestalten und Anreize zur Aktivierung Beurlaubter sowie zur Aufstockung von Teilzeit zu schaffen.

„Unser Ziel ist es immer, gemeinsame Lösungen zu suchen, zu finden und umzusetzen“, resümierte der Landesvorsitzende. „Unsere Gewerkschaftsarbeit und unsere Philosophie werden durch die Entscheidung für den besten Gedanken definiert. Eine offene, freie, transparente und faire Diskussion ist der erfolgreiche Stil der DSTG.“

An ihm werden wir auch in Zukunft festhalten.“

### Finanzministerin würdigt das Wirken der Finanzverwaltung

Mit Spannung wurde die Rede der baden-württembergischen Finanzministerin erwartet, die seit Mai 2016 an der Spitze des Finanzressorts ist. Edith Sitzmann würdigte das vorbildliche und unverzichtbare Wirken der Finanzverwaltung für Staat, Kommunen und Gesellschaft. Die Ministerin hatte gute Nachrichten im Gepäck: Der Doppelhaushalt der Jahre 2020/2021 bringe zahlreiche Verbesserungen – insbesondere für die Kolleginnen und Kollegen des mittleren Dienstes. Sitzmann bestätigte, dass mehr Personal und zahlreiche Maßnahmen erforderlich seien, um die Finanzverwaltung zukunftsfähig zu halten.

Die Ankündigungen der Finanzministerin führten rasch zu einer Replik des Landeschefs der DSTG. Scholl wörtlich: „Wir hoffen, dass sich unsere Ministerin mit ihren Vorschlägen für die Steuerverwaltung durchsetzen wird. Die Verbesserungen für den mittleren Dienst haben wir von der DSTG seit Langem gefordert. So sind das Eingangsamt A 7 und die Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen bei A 9 und A 9Z vorgesehen.“

Letzteres würde laut Scholl weit mehr als 300 zusätzliche Beförderungen bringen und damit eine Ausweitung des Flaschenhalses in diesem Bereich

bedeuten. „Wir hoffen, dass der Entwurf am 18. Dezember mit der dritten und abschließenden Lesung Gesetz werden wird.“

### Freizeit ist „die neue Währung“

Grußworte sprachen auch die Vertreter der Fraktionen: Tobias Wald, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Andreas Stoch, Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, und Rudi Fischer (FDP), Landtagsmitglied und Sprecher für Haushaltspolitik.

Mit Kritik sparte der BBW-Vorsitzende, Kai Rosenberger, in seinem Grußwort des Dachverbandes keineswegs: „Es ist an der Zeit, dass die 41-Stunden-Woche zurückgenommen wird, die in Baden-Württemberg 2006 eingeführt wurde! Was damals galt, ist nach mehr als einem Jahrzehnt des Aufschwungs längst überholt“, erklärte Rosenberger. Die Arbeitszeit im Beamtenbereich müsse an die im Tarifbereich geltende Wochenarbeitszeit von 39,5 Stunden angeglichen werden. Zugleich erinnerte Rosenberger daran, dass Freizeit heutzutage „die neue Währung“ sei und somit angemessene Arbeitszeiten zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes beitragen.

Heftige Kritik übte er am sogenannten „Hamburger Modell“. Er halte davon nichts, weil es um einen gefährlichen Einstieg in die Einheitskrankenversicherung gehe, so Rosenberger. Zudem beinhalte diese Modell nur eine „Schein-Wahlfreiheit“, weil man ja nicht mehr in die



Der alte und neue DSTG-Landesvorsitzende, Markus Scholl, und die baden-württembergische Finanzministerin, Edith Sitzmann

PKV zurückkönnen, wenn man sich einmal für die GKV entschieden habe. Rosenberger forderte darüber hinaus die Rücknahme der Beihilfeverschlechterungen für junge Beamtinnen und Beamte.

### Beschlussfassung über 220 Anträge und drei Leitanträge

Mit Beschlüssen über mehr als 220 Anträge und drei Leitanträge bestimmten die baden-württembergischen Delegierten die gewerkschaftliche Ausrichtung der nächsten fünf Jahre. Außerdem wurden mehrere Satzungsänderungen beschlossen. Mit einer deutlichen Zweidrittelmehrheit schaffte der Gewerkschaftstag die satzungsmäßige Grundlage dafür, dass der jeweilige Landesjugendleiter beziehungsweise die jeweilige Landesjugendleiterin stimmberechtigtes Mitglied der Landesleitung ist.

Scholl schloss den Gewerkschaftstag mit den Worten: „Getreu unserem Motto ‚Mensch – Steuer – Zukunft‘ werden wir weiterhin geschlossen zusammenstehen und den Schwung dieser Tage ins neue Jahr mitnehmen!“

Für die mit frenetischem Beifall bedachte musikalische Umrahmung der öffentlichen Veranstaltung sorgte die Musikkapelle des Finanzamts Schwäbisch Gmünd.



## Kurz notiert

### Treffen mit CDU/CSU-Arbeitnehmergruppe

Auf Einladung der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion referierte der DSTG-Bundesvorsitzende, Thomas Eigenthaler, auf einer fraktionsinternen Sitzung. Nach einer herzlichen Begrüßung und einführenden Worten durch den Vorsitzenden Uwe Schummer sprach Eigenthaler zum Thema „Steuergerechtigkeit aus Sicht abhängig Beschäftigter“. Mit von der Partie war auch die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Finanzen und finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Antje Tillmann, die auf eine dreijährige Ausbildung in der Finanzverwaltung verweisen kann. Eigenthaler führte aus, dass oft zu sehr auf die Besteuerung der Unternehmen geschaut werde, während die hohe Abgabenbelastung für Arbeitnehmer durch die Steuerprogression, durch Sozialabgaben und durch die Energiebesteuerung ausgeblendet bleibe. Zudem würden bei vielen abhängig Beschäftigten die Gehaltszuwächse durch Mietersteigerungen aufgefressen. Eigenthaler betonte, es sei ein Gebot der Fairness, Pauschbeträge im Arbeitnehmerbereich regelmäßig einer Überprüfung

zu unterziehen. In einer anschließenden Diskussionsrunde wurden viele weitere Themen auf sehr konstruktive Weise behandelt.

### 42. Steuerberatertag in Berlin

Auf dem 42. Deutschen Steuerberatertag war auch die DSTG mit ihrem Bundesvorsitzenden, Thomas Eigenthaler, vertreten. Der Steuerberatertag wird vom Deutschen Steuerberaterverband veranstaltet. Eigenthaler überbrachte dem Präsidenten des Verbandes, StB/WP Harald Elster, und DStV-Hauptgeschäftsführer Norman Peters die herzlichen Grüße und guten Wünsche der DSTG. Die Veranstaltung verzeichnete mit mehr als 1.600 Teilnehmern einen Besucherrekord und wartete mit einem eindrucksvollen Fachprogramm, aber auch mit renommierten Rednern auf. So konnten die Veranstalter den Bundesminister der Finanzen, Olaf Scholz (SPD), als Hauptredner gewinnen. Scholz gab einen versierten Überblick über die anstehenden Gesetzgebungsvorhaben und über die steuerpolitischen Ziele der Großen Koalition. Grußworte sprachen der Berliner Finanzsenator Matthias Kollatz (SPD), der seit Anfang 2018 auch Vorsitzender des Vorstandes der Tarif-

gemeinschaft deutscher Länder ist, sowie der rhetorisch und fachlich sehr versierte Präsident des Bundesfinanzhofs, Rudolf Mellinshoff.

### Meinungsaustausch mit HLBS

Der Hauptverband der Landwirtschaftlichen Buchstellen und Sachverständigen e. V. ist ein wichtiger Akteur in den Bereichen Steuerpolitik und Steuervollzug im Zusammenhang mit der Besteuerung land- und forstwirtschaftlicher Einkünfte und organisiert ca. 1.900 Mitglieder. Grund genug für regelmäßige Kontakte. So kam es im Oktober zu einem Meinungsaustausch in der Berliner Geschäftsstelle des HLBS, bei dem Präsident Dr. Jürgen Jaeschke und Geschäftsführer Hans-Josef Hartmann den DSTG-Bundesvorsitzenden begrüßten. Einer der zentralen Besprechungspunkte war die Reform der Bewertung der Immobilien und der land- und forstwirtschaftlichen Bewertungseinheiten. Sowohl der HLBS wie auch die DSTG befürchten eine massive Arbeitsbelastung der Finanzverwaltung, aber auch der steuerberatenden Berufe. Der Verband residiert im Erdgeschoss des Taut-Hauses am Berliner Engeldamm. Das in der Weimarer Republik im Stile

„Neuer Sachlichkeit“ erbaute Haus wurde früher vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDBG) genutzt.

### 70 Jahre Institut für Finanzen und Steuern

Das traditionsreiche Institut feierte seinen 70. Geburtstag. Zur Jubiläumstagung in den Räumen der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin war auch der DSTG-Bundesvorsitzende, Thomas Eigenthaler, eingeladen. Die Jubiläumstagung fand im Rahmen eines Fachsymposiums unter dem Titel „Von der Wissenschaft zur Politik: Aufgaben und Grenzen wissenschaftlicher Politikberatung“ statt. In einer Podiumsdiskussion konnte Eigenthaler zusammen mit der renommierten Kölner Steuerrechtlerin und Direktorin des Instituts, Prof. Dr. iur. Johanna Hey, dem Rechtsanwalt Berthold Welling vom Bundesverband der Chemischen Industrie sowie mit den Universitätsprofessoren Gunter Mayer (Österreich) und Caspar Hirschi (Schweiz) einen „Kritischen Blick auf Wissenschaft im Dienste der Politik“ – so das Motto der Diskussionsrunde – nehmen. Eine sehr gut organisierte Veranstaltung, die auf einem fachlich hohen Niveau stattfand! ■

### > Finanzsport: Halbmarathon und Staffellarathon

#### Wer schnell ist, kann sparen

Wer an der Deutschen Meisterschaft der Finanzverwaltungen im Halbmarathon und Staffellarathon teilnehmen möchte, sollte nicht nur ein schneller Läufer sein, sondern auch ein schnell Entschlossener: Denn je frühzeitiger die Anmeldung abgegeben wird, desto günstiger sind die Startgebühren des Veranstalters.

Das Turnier richtet wie in den vergangenen Jahren die Finanzsportgemeinschaft Rheinland aus. Es findet am

Sonntag, dem 7. Juni 2020, in Duisburg statt.

Die Anmeldungen sind bereits jetzt über das offizielle Formular des Rhein-Ruhr-Marathons im Internet möglich ([www.rhein-ruhr-marathon.de](http://www.rhein-ruhr-marathon.de)).

#### Wer teilnehmen möchte, sollte Folgendes wissen:

- > Bei der Anmeldung ist das Kreuz im Feld „Sonderwertung DM der Finanzverwaltung“ obligatorisch.
- > Die Angabe der vierstelligen Dienststellenummer und des Namens der Dienststel-

le ermöglicht eine Zuordnung und gegebenenfalls eine Mannschaftswertung.

- > Die Wertungen erfolgen als Einzelwertungen der Damen und Herren. Eventuell bestehende Mannschaften werden in den Disziplinen „Halbmarathon“ und „Staffellarathon“ als „Staffelwertung“ geführt. Eine Staffel besteht jeweils aus Läuferinnen und Läufern einer Dienststelle der Finanzverwaltung; hier können auch mehrere Staffeln einer Dienststelle antreten.

- > Neben den Organisationsbeiträgen des Duisburger Veranstalters erhebt die Finanzsportgemeinschaft Rheinland keine zusätzlichen Meldegebühren.

#### Weitere Informationen

#### Finanzsportgemeinschaft Rheinland

Rainer Vollmer und Uwe Hohl

#### E-Mail:

[rainer.vollmer@fv.nrw.de](mailto:rainer.vollmer@fv.nrw.de)  
[uwe.hohl@fv.nrw.de](mailto:uwe.hohl@fv.nrw.de)

#### Telefon:

0211 4972-2915 (Vollmer)  
0211 4972-2256 (Hohl)



Jubiläumssitzung der DSTG-Bundesfrauenvertretung in Nürnberg

## Die DSTG-Frauen haben viel erreicht – und setzen sich weitere Ziele

Die 100. Sitzung der DSTG-Bundesfrauenvertretung, das ist etwas Besonderes: Langjährige Wegbegleiterinnen, Unterstützer und Zeitzeuginnen nahmen am 8. November an der Tagung in Nürnberg teil. Auch die Bundesleitung der DSTG war mit dem Bundesvorsitzenden, Thomas Eigenthaler, sowie den stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Andrea Sauer-Schnieber und Florian Köbler, bei der Jubiläumssitzung zugegen.

Zum Auftakt der Sitzung begrüßte Gastgeber Thomas Wagner, der Vorsitzende des Bezirksverbandes Nordbayern der Bayerischen Finanzgewerkschaft (bfg), die Kolleginnen aus dem gesamten Bundesgebiet. Wagner gab dem Gremium einen detaillierten Einblick in die politische Arbeit der bfg.

Höhepunkt der Tagung war die öffentliche Veranstaltung. Alle ehemaligen Mitglieder der Geschäftsführung der DSTG-Bundesfrauenvertretung und alle ehemaligen Vorsitzenden waren zu dieser Sitzung eingeladen worden – stellvertretend für die vielen engagierten Frauen in der DSTG-Bundesfrauenvertretung. Darüber hinaus nahmen Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung und Politik an der Sitzung teil.

### ■ Große Erfolge der bisherigen Arbeit

In ihrer emotionalen und humorvollen Festansprache zeigte die Vorsitzende der Bundesfrauenvertretung, Milanie Hengst, anhand von vielen Beispielen

auf, was die Frauenvertreterinnen in den letzten Jahrzehnten erreicht haben: Da wäre die Einführung der Teilzeit, die uns heute allen so selbstverständlich erscheint und die auf Drängen der DSTG-Frauen in allen Landesfinanzverwaltungen eingeführt wurde. Versuchsweise wurde damals die Telearbeit angeboten – und heute ist diese Arbeitsform die Vorreiterin der mobilen Arbeit.

So hat sich die DSTG-Frauenvertretung als politische Gesprächspartnerin etabliert. Insbesondere die Zusammenarbeit mit der Bundesfrauenvertretung des dbb ist ein Garant für den Erfolg der Arbeit der DSTG-Frauen.

Auch die Arbeit nach innen ist eine Erfolgsgeschichte: Neben der Geschlechterquote bei den stimmberechtigten Delegierten haben auch viele in der DSTG erfolgreiche Frauen ihre Wurzeln in der DSTG-Bundesfrauenvertretung.

„Wenn es um Fragen rund um die Vereinbarung von Familie

und Beruf geht, sind wir von der Frauenvertretung die ‚Spezialistinnen‘“, so Milanie Hengst. „Uns Frauen geht es nicht um eine Konkurrenz innerhalb der DSTG, sondern um ein starkes Miteinander!“ Vor allem in den Bereichen, in denen besonders Frauen von Maßnahmen betroffen sind, sei die Frauenvertretung gefragt.

### ■ Gastredener würdigen Verdienste der Frauen

Der Vorsitzende der bfg, Gerhard Wipijewski, stellte in seinem Grußwort heraus, dass Frauen in der bfg seit vielen Jahren Führungspositionen übernommen haben. Ein wichtiger Baustein, um Benachteiligungen zu verhindern, sei das Beurteilungsmonitoring.

Die Bedeutung der Arbeit der DSTG-Bundesfrauenvertretung stellten auch die weiteren Redner heraus – wie der Vorsitzende des Ausschusses für den öffentlichen Dienst im Bayerischen Landtag, MdL Wolfgang Fackler (CSU), Dr. Alexander Voitl, Leiter des Dienstsitzes Nürnberg des Finanz- und Hei-

matministeriums, Dr. Roland Jüptner, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Steuern.

Auch der DSTG-Bundesvorsitzende, Thomas Eigenthaler, würdigte in einem Grußwort die hervorragende Arbeit der DSTG-Bundesfrauenvertretung. Er bekannte sich dazu, über all die Jahre vieles aus der Arbeit der Frauenvertretung „mitgenommen und verstanden“ zu haben. Die Arbeit der Frauenvertretung sei noch lange nicht zu Ende, weil es in der Praxis oft nicht um eine rechtliche, sondern um eine „implizite“, das heißt unterschwellige, nicht sofort erkennbare Diskriminierung der Geschlechter gehe. Es sei daher die wichtige Aufgabe der Frauenvertretung, hier den Finger in die Wunde zu legen.

In sehr persönlichen Worten lobte Eigenthaler die amtierende Vorsitzende, Milanie Hengst, für ihren hohen persönlichen Einsatz, für ihre fachliche Kompetenz und ihre Führungsstärke, und er hob die Verdienste der beiden Vorgängerinnen Andrea Sauer-Schnieber (1999 bis 2012) und Helene Wildfeuer (1989 bis 1999) hervor. Er stellte dabei den Fleiß, das große Engagement und die beachtliche Durchsetzungsfähigkeit der beiden Vorgängerinnen heraus. Sauer-Schnieber ist seit 2012 stellvertretende DSTG-Bundesvorsitzende und vertritt auch die DSTG im dbb-Bundes-



► Milanie Hengst, Vorsitzende der DSTG-Bundesfrauenvertretung, mit Gastgeber Thomas Wagner, Vorsitzender der Bayerischen Finanzgewerkschaft/Bezirksverband Nordbayern, und Thomas Eigenthaler, DSTG-Bundesvorsitzender

© Friedhelm Windmüller (4)



vorstand, während die langjährige nordbayerische bfg-Vorsitzende Wildfeuer seit 1999 das herausfordernde Amt der Vorsitzenden der dbb-Bundesfrauenvertretung ausübt.

Bei Wildfeuer bedankte sich der DSTG-Chef zudem für das hohe Niveau der von ihr verantworteten „Frauenpolitischen Fachtagungen“ im Berliner Beamtenbund. Wildfeuer zeigte sich in ihrem Grußwort sehr erfreut, dass diese Jubiläumssitzung in ihrer Heimatstadt Nürnberg stattfindet. Sie schilderte in einem Rückblick ergreifend die Zeiten der deutschen Wiedervereinigung sowie den Aufbau der DSTG und der Personalvertretung in den neuen Bundesländern.

#### ► **Arbeitsbedingungen für Frauen in Bayern gut**

Apropos Nürnberg: Wie die bayerischen Gastgeber berichteten, sind im Freistaat die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gut. So gibt es in Bayern eine Laufbahnnachzeichnung mit einer fiktiven Beurteilung. Frauen können damit auch während ihrer Beurlaubung befördert werden. Auch beim Thema Mütterrente ist Bayern ein Vorbild für die anderen Bundesländer: Während hier schon die Mütterrente II eingeführt wird und der Bund erst dabei ist, die Mütterrente I einzuführen, ha-

ben viele andere Bundesländer noch gar keine Regelungen.

Zur Arbeitssituation in Bayern: Bei steigender Bevölkerungszahl steigt auch die Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern. Zudem werden in Hinblick auf die Grundsteuerreform, bei der Bayern seinen eigenen Weg angekündigt hat, rund 3.500 zusätzliche Beschäftigte benötigt. Das wird eine große Aufgabe für alle Beschäftigten, für die Personalvertretung und für die Gewerkschaft. Eine wichtige Rolle wird hierbei der Weg in die mobile Arbeit spielen.

Mit großem Interesse verfolgte das Gremium auch den Bericht von Wolfgang Fackler, MdL, dem Vorsitzenden des Ausschusses für den öffentlichen Dienst. Einen solchen Ausschuss gibt es in keiner anderen Landesregierung. Fachkundig werden in diesem Ausschuss viele wichtige Themen wie Dienstrecht, Besoldung, Laufbahnrecht, Beihilfe, Digitalisierung des öffentlichen Dienstes, Nachwuchswerbung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beraten.

#### ► **„Einigkeit in Vielfalt“**

Um das Thema „Einigkeit in Vielfalt – Gleichstellungspolitik im Freistaat Bayern“ drehte sich eine politische Gesprächsrunde, die die Vorsitzende der Bundesfrauenvertretung moderierte.



► Neu in der Geschäftsführung ist Martina Sixt (Zweite von links); sie wurde mit 100 Prozent der Stimmen in geheimer Wahl gewählt. Mit ihr freuen sich ihre Geschäftsführungskolleginnen Johanna Mieder (links), Milanie Hengst und Sabine Füller, die nun die Aufgabe der Schatzmeisterei übernimmt.

An der Podiumsdiskussion nahm als Gast aus der Politik MdL Tessa Ganserer (Bündnis 90/Die Grünen) teil. Ganserer ist zugleich stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes im Bayerischen Landtag. Die DSTG-Bundesleitung repräsentierte Andrea Sauer-Schnieber, stellvertretende DSTG-Bundesvorsitzende. Die Sicht der bfg und der Frauenkommission des Bayerischen Beamtenbundes (bbb) vertrat Martina Sixt, die stellvertretende Vorsitzende des bfg-Bezirksverbandes Nordbayern.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand eine Expertinnen- und Expertenanhörung zum Bayerischen Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern (BayGIG), die der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes auf Basis der Ergebnisse des Sechsten Gleichstellungsberichts durchführen wird. Ganserer machte das Angebot, sich mit den Frauenvertreterinnen der bfg und des bbb im Vorfeld der Anhörung zum Austausch unter Expertinnen zuzusetzen. Diese Einladung nahm Sixt gerne an.

#### ► **Neuwahlen in der Geschäftsführung**

Am Ende der Tagung standen Neuwahlen in der Geschäftsführung der DSTG-Bundesfrau-

envertretung an. Die langjährige erste Stellvertreterin und Schatzmeisterin Birgit Fuchs stellte ihr Amt zur Verfügung, da sie durch die erfolgreiche Wahl zur bfg-Bezirksverbandsvorsitzenden Südbayern und durch das Amt als BPR-Vorsitzende zeitlich ausgelastet ist. Das Gremium wählte die Regensburgerin Martina Sixt (bfg) einstimmig als neue Stellvertreterin in die Geschäftsführung.

#### ► **Führungswechsel 2020 bei den Frauen des dbb**

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus – so auch der dbb bundesfrauenkongress, der im April 2020 in Potsdam stattfinden wird. Hier wird die politische Richtung der dbb bundesfrauenvertretung für die nächsten fünf Jahre festgelegt. Die DSTG-Bundesfrauenvertretung reicht hierfür mehr als 60 Anträge ein, beispielsweise zu den Themen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Geschlechtergerechtigkeit/Steuerrecht und Digitalisierung.

Die bisherige Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, Helene Wildfeuer, steht für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung. Milanie Hengst gab auf der Jubiläumssitzung ihre Kandidatur bekannt. Alle DSTG-Frauen und die gesamte DSTG-Familie werden in Potsdam hinter ihr stehen! ■



► Zur Jubiläumssitzung waren auch die ehemaligen Geschäftsführungsmitglieder der Bundesfrauenvertretung geladen: Andrea Sauer-Schnieber, Birgit Szech, Gisela Lutzke, Nannette Seidler, Helene Wildfeuer, Julia von Oettinger-Witte, Marianne Dennerlei und Claudia Rüdell (von links).

## Jahrestagung der BAGSO in Bonn

### Die Stimme der Älteren

Seit Sommer dieses Jahres ist die Bundessenorenvertretung der DSTG Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO), dem überparteilichen Zusammenschluss von rund 120 zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bereich der Seniorenarbeit und Seniorenpolitik in Deutschland. Am 5. November fand die diesjährige Jahrestagung in Bonn-Bad Godesberg statt. Die DSTG-Seniorenvertretung wirkte zum ersten Mal in diesem Gremium mit.

Der BAGSO-Vorsitzende, Franz Müntefering, machte in seiner Ansprache deutlich, dass die BAGSO heute die zentrale Interessensvertretung der älteren Generation in Deutschland sei. Aktuell beschäftigt sich die BAGSO mit einer Reihe von Themen, die für Seniorinnen und Senioren von Bedeutung sind. Hierzu gehören beispielsweise die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ und der 7. Altenbericht der Bundesregierung mit dem Titel „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune“, dessen Empfehlungen bislang nicht umgesetzt worden sind.

Mit Blick auf den 8. Altersbericht der Bundesregierung –

„Ältere Menschen und Digitalisierung“ – wurde eigens eine neue Fachkommission zu diesem Thema eingerichtet, die die Erstellung des aktuellen Altersberichts konstruktiv begleitet hat und auch bei der Umsetzung ihre Stimme erheben wird.

Erstmals haben die BAGSO-Mitgliedsorganisationen konkrete Leitsätze „Wofür wir stehen“ verabschiedet. „Wie in den Leitsätzen dokumentiert ist, setzt sich die BAGSO für ein aktives, selbstbestimmtes und möglichst gesundes

Älterwerden in sozialer Sicherheit ein“, berichtet Anke Schwitzer, die Vorsitzende der Bundessenorenvertretung der DSTG. „Die BAGSO tritt konsequent für Rahmenbedingungen ein, die ein gutes und würdevolles Leben im Alter ermöglichen, und wendet sich gegen jede Form der Diskriminierung.“

Der Vorsitzende Franz Müntefering motivierte die Tagungsteilnehmerinnen und

Teilnehmer zur Einmischung: „Unser Grundgesetz gilt für alle Altersgruppen. Solange es uns möglich ist, sind wir mitverantwortlich für das, was mit uns, in unserem Umfeld und in unserem Land geschieht. Wir dürfen uns nicht nur einmischen, sondern wir sollten das, und wir müssen das auch.“

Die BAGSO feiert in diesem Jahr ihr 30-jähriges Jubiläum. Zu diesem Anlass präsentiert sich die Bundesarbeitsgemeinschaft in neuem Gewand – mit einem neu gestalteten BAGSO-Logo und mit einem Relaunch ihrer Internetseite [www.bagso.de](http://www.bagso.de).



> Anke Schwitzer, Vorsitzende der DSTG-Bundessenorenvertretung, und Franz Müntefering, Vorsitzender der BAGSO

## DSTG-Ortsverband Soltau in Berlin

### Ein umfangreicher Einblick

Die DSTG-Bundesgeschäftsstelle in Berlin war erster Programmpunkt der bildungspolitischen Berlinfahrt der Kolleginnen und Kollegen aus Niedersachsen. Direkt nach ihrer Ankunft in der Bundeshauptstadt und noch vor Besuch des Bundestages am Folgetag zog es die Besuchergruppe unter Leitung ihres DSTG-Ortsverbandsvorsitzenden Arnd Tegtmeier in die Berliner DSTG-Zentrale.

In der Friedrichstraße im Zentrum der Stadt erhielten die Teil-

nehmerinnen und Teilnehmer von Bundesgeschäftsführer Rafael Zender einen umfangreichen Einblick in die Arbeit der Bundesleitung und der Bundesgeschäftsstelle. Auf besonderes Interesse stießen bei den Kolleginnen und Kollegen die Ausführungen zur Einflussnahme auf Meinungsbildungs- und Gesetzgebungsprozesse im politischen Berlin durch die DSTG.

Beeindruckt zeigten sich die Soltauer von dem sehr fordernden Einsatz, den die aktuellen,



> Die Mitglieder des Ortsverbands Soltau mit Rafael Zender, DSTG-Bundesgeschäftsführer (vorne), und Arnd Tegtmeier, Vorsitzender des DSTG-Ortsverbandes Soltau (letzte Reihe, Zweiter von rechts).

sehr umfangreichen und häufig mit äußerst kurzer Frist zur Stellungnahme übermittelten

Gesetzentwürfe ihrem Bundesvorsitzenden Thomas Eigenthaler abverlangen.

# Tauschcke

Sie möchten Ihren Dienort wechseln und haben einen Antrag auf Versetzung in ein anderes Bundesland gestellt? Wenn Sie dazu eine Tauschpartnerin oder einen Tauschpartner suchen, unterstützt Sie Ihre DSTG gerne: Wir veröffentlichen eine Suchanzeige in der „Tauschcke“ des DSTG magazins. Dieser Service gilt für DSTG-Mitglieder und ist kostenlos. Bitte informieren Sie uns, wenn Sie erfolgreich waren, damit wir Ihre Anzeige wieder löschen können und die „Tauschcke“ aktuell bleibt!  
E-Mail der Redaktion „Tauschcke“: [stg-verlag@dsg.de](mailto:stg-verlag@dsg.de)

StI (A 9 g. D.) aus Baden-Württemberg (FA Stuttgart) sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt Tauschpartner(in) aus Bayern (bevorzugt FA München). Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0176 98535217

StOS'in (A 7) aus NRW sucht aus persönlichen Gründen Tauschpartner(in) aus Bayern (FA München). Versetzungsantrag wurde gestellt. Tel.: 0171 6448695

StOI'in (A 10) aus Berlin sucht aus familiären Gründen zum nächstmöglichen Termin Tauschpartner(in) aus Brandenburg, bevorzugt Frankfurt (Oder). Versetzungsantrag ist gestellt, Ringtausch möglich. [susannasch@web.de](mailto:susannasch@web.de)

StS (A 6 m. D.) aus Thüringen (FA Jena) sucht dringend aus privaten und familiären Gründen Tauschpartner(in) aus NRW (Raum Köln). Versetzungsantrag wurde noch nicht gestellt. Tel.: 0174 7860705 o. [sasha.oak@yahoo.com](mailto:sasha.oak@yahoo.com)

StHs'in (A 8 m. D.) aus Hamburg sucht Tauschpartner(in) aus Niedersachsen (FA Cloppenburg, Vechta, Delmenhorst, Oldenburg, Quakenbrück). Versetzungsantrag wurde gestellt. [cktime@web.de](mailto:cktime@web.de)

StS'in (A 6 m. D.) aus dem Saarland sucht aus familiären Gründen Tauschpartner(in) aus Bayern (Raum Nürnberg). Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0176 32656232

STOS (A 7) aus Hamburg sucht schnellstmöglich Tauschpartner(in) aus Hessen. Tel.: 0172 5258512

StOI (A 10 g. D.) aus Niedersachsen sucht Tauschpartner(in) aus Nordrhein-Westfalen. Versetzungsantrag wurde bereits im Juni 2018 gestellt. [VersetzungNRW@gmx.de](mailto:VersetzungNRW@gmx.de)

StI (A 9) aus NRW sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt Tauschpartner(in) aus Bayern (München u. Umgebung). Ringtausch ist möglich. Tel.: 0172 3947124

StS (A 6 m. D.) aus Hamburg sucht aus familiären Gründen Tauschpartner(in) aus Bremen u. Niedersachsen (bevorzugt FÄ Oldenburg, Delmenhorst, Westerstede, Cloppenburg, Wilhelmshaven). Versetzungsanträge sind gestellt. Tel.: 0157 85096014 o. [rahul.kainth@outlook.de](mailto:rahul.kainth@outlook.de)

StS (A 6 m. D.) aus NRW (FA Gütersloh) sucht dringend aus familiären Gründen Tauschpartner(in) aus Mecklenburg-Vorpommern (bevorzugt FÄ Greifswald, Stralsund, Neubrandenburg). Versetzungsantrag wurde gestellt. Tel.: 0171 1224520 o. [stefan-adam@gmx.de](mailto:stefan-adam@gmx.de)

StI (A 9 g. D.) aus Rheinland-Pfalz (FA Ludwigshafen) sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt Tauschpartner(in) aus Hessen. Versetzungsantrag ist gestellt. Ringtausch möglich. Tel. d.: 0621 561423537 o. Tel. p.: 0172 6490267 o. [stefanie.knuth@web.de](mailto:stefanie.knuth@web.de)

Steuerinspektorin (A 9) aus Hamburg sucht aus familiären Gründen Tauschpartner(in) aus Schleswig-Holstein (bevorzugt FÄ Lübeck, Stormarn, Bad Segeberg). Tel.: 0176 62635370

StI (A 9 g. D.) aus NRW sucht Tauschpartner(in) aus Bayern (München u. Umgebung). Ringtausch möglich. Tel.: 0175 3620685

StI'in aus Baden-Württemberg (FA Ulm) sucht dringend aus familiären Gründen Tauschpartner(in) aus Bayern (Kempten, Immenstadt, Memmingen, Füssen, Kaufbeuren). Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0151 59841488

StI (A 9 g. D.) aus Rheinland-Pfalz (FA Kusel) sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt Tauschpartner(in) aus dem Saarland (bevorzugt FA Neunkirchen). Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0160 90187884

StI (A 9 g. D.) aus Baden-Württemberg sucht aus familiären Gründen Tauschpartner(in) aus Niedersachsen bzw. den angrenzenden Bundesländern. [tauschpartner-DSTG@gmx.de](mailto:tauschpartner-DSTG@gmx.de)

StOS (A 7) aus HH sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner(in) aus S-H. Bevorzugte FÄ: Plön, Oldenburg i. H., Lübeck. Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0173 7175452

StOI'in (A 10 g. D.) aus NRW (FA Gütersloh) sucht dringend aus persönlichen Gründen Tauschpartner(in) aus Sachsen-Anhalt (bevorzugt FÄ Stendal, Magdeburg). Versetzungsantrag ist gestellt, Ringtausch ggf. möglich. Tel.: 0172 9519642

StS'in (m. D.) aus Baden-Württemberg (FA Stuttgart) sucht dringend aus familiären Gründen Tauschpartner(in) aus Bayern (bevorzugt FÄ München). Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0176 62471915

StOI'in (A 10) aus Bremen sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner(in) aus NRW (bevorzugt Raum Dortmund/Bochum). Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Ringtausch möglich. Tel.: 01520 2015231 o. [irinaeisele@gmail.com](mailto:irinaeisele@gmail.com)

StAI (A 9 m. D.) aus Hessen (FA Frankfurt IV) sucht aus familiären Gründen Tauschpartner(in) aus Berlin (bevorzugt FÄ Treptow-Köpenick, Friedrichshain-Kreuzberg) o. Brandenburg (bevorzugt FÄ Königs Wusterhausen, Potsdam). Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0176 47644636

StOS'in (A 6 m. D.) aus Niedersachsen (FA Hannover-Nord) sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner(in) aus Sachsen-Anhalt (bevorzugt FA Halle/Saale). Versetzungsantrag ist gestellt. Ringtausch möglich. Tel.: 0151 24111170 o. [nancyknettsch@gmx.de](mailto:nancyknettsch@gmx.de)

Finanzanwärterin (m. D.) aus Baden-Württemberg (FA HN) sucht aus familiären Gründen dringend zum nächstmöglichen Zeitpunkt Tauschpartner(in) aus Niedersachsen (bevorzugt FÄ Delmenhorst, Oldenburg). Ringtausch möglich. Versetzungsantrag wird gestellt. Tel.: 0176 43933060 o. [rahima1996@hotmail.de](mailto:rahima1996@hotmail.de)

StAF (A 11) aus Hessen (FA Frankfurt am Main) sucht Tauschpartner(in) aus Baden-Württemberg (bevorzugt FÄ Öhringen, Mosbach), Ringtausch möglich. Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0176 56707732

StHS (A 8 m. D.) aus Brandenburg sucht dringend aus familiären Gründen Tauschpartner(in) aus Thüringen (bevorzugt FÄ Altenburg, Gera, Jena). Versetzungsantrag ist gestellt. Ringtausch möglich. Tel.: 0162 9338332 o. [sven.kasper76@web.de](mailto:sven.kasper76@web.de)

StOS (A 7) aus Hamburg sucht aus familiären Gründen Tauschpartner(in) aus den Finanzämtern Elmshorn o. Pinneberg. [franziska.kuehn87@web.de](mailto:franziska.kuehn87@web.de)

StI (A 9 g. D.) aus Hessen (FA Frankfurt I) sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt Tauschpartner(in) aus Brandenburg o. Sachsen. Versetzungsantrag ist gestellt. Ringtausch möglich. Tel.: 0175 5924450

StOI'in (A 10) aus Hessen (FA Frankfurt) sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt Tauschpartner(in) aus Thüringen (bevorzugt FÄ Jena, Weimar, Erfurt), Sachsen (FA Leipzig) o. Sachsen-Anhalt (FÄ Naumburg, Merseburg). Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0176 61072921

StI'in (A 9) aus NRW (OFD Münster) sucht aus familiären Gründen Tauschpartner(in) aus Sachsen-Anhalt (bevorzugt FÄ Quedlinburg, Staßfurt, Eisleben). Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0151 55332570 o. [sibi1ann1@web.de](mailto:sibi1ann1@web.de)

StHS (A 8) aus Hessen (Rhein-Main-Gebiet) sucht dringend Tauschpartner(in) in Thüringen (bevorzugt FÄ Suhl, Sonneberg, Ilmenau, Erfurt) o. Bayern (bevorzugt FÄ Bad Neustadt, Schweinfurt, Bad Kissingen, Zeil, Ebern). Versetzungsanträge wurden gestellt. Ringtausch möglich. Tel.: 0177 5436686

SH (A 9 m. D.) aus Hessen (FA Hofheim) sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner(in) aus Sachsen-Anhalt (bevorzugt FA Magdeburg, FA Hallesleben o. Umgebung) o. Niedersachsen (FA Braunschweig o. FA Helmstedt). Versetzungsantrag ist gestellt. Tel.: 0176 78575872

StHS'in (A 8) macht Nägel mit Köpfen u. sucht Tauschpartner(in) aus NRW (insbesondere FÄ St. Augustin, Siegburg, Bonn, Gummersbach) u. freut sich, wenn Ihr unter [andreakrone@yahoo.de](mailto:andreakrone@yahoo.de) Kontakt aufnimmt.

StAF aus Hessen (OFD Frankfurt) sucht Tauschpartner(in) aus Schleswig-Holstein, Ringtausch möglich. Tel.: 0162 4681028

StHS'in (A 8) aus Hessen (FA Kassel 1) sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner(in) aus Brandenburg (Cottbus, Calau) o. Niederbayern (Grafenau, Zwiesel, Deggendorf). Versetzungsanträge sind gestellt. Tel.: 0152 33914623

## > Impressum

**Herausgeber:** Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.206256-600. **Telefax:** 030.206256-601. **E-Mail:** [dsg-bund@t-online.de](mailto:dsg-bund@t-online.de). **Internet:** [www.dsg.de](http://www.dsg.de). **V. i. S. d. P.:** Thomas Eigenthaler. **Redaktion:** Rafael Zender, Elke Brumm. **Verlag:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.206256-650. **Telefax:** 030.206256-601. **E-Mail:** [stg-verlag@dsg.de](mailto:stg-verlag@dsg.de). **Titelfoto:** © Pixabay/Jill Wellington (Bearbeitung: Elke Brumm). **Anzeigenverwaltung DSTG magazin:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.206256-650. **Telefax:** 030.206256-601. **E-Mail:** [stg-verlag@dsg.de](mailto:stg-verlag@dsg.de). **Anzeigenpreisliste 27** gültig ab 1. September 2019. Nachdruck honorarfrei gestattet. **Bezugsbedingungen:** Das DSTG magazin erscheint zehnmal jährlich. Der Bezugspreis ist für DSTG-Mitglieder durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Dem DSTG magazin regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“. Einem Teil der Ausgabe liegt neunmal im Jahr „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“ bei. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen in jedem Fall nur die Meinung des Verfassers dar.

**Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleistung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors –, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** [www.dbb.de](http://www.dbb.de). **E-Mail:** [magazin@dbb.de](mailto:magazin@dbb.de). **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Redaktionschluss** am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. **Fotos:** © Friedhelm Windmüller. **Verlag:** dbb verlag gmbh. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** [mediacenter@dbbverlag.de](mailto:mediacenter@dbbverlag.de). **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen-disposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 61** (dbb magazin), gültig ab 1.10.2019. **Druckauflage:** dbb magazin 590537 Exemplare (IVW 3/2019). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** Dominik Allartz. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlortfrei gebleichtem Zellstoff. **ISSN 0178-207X**